

Stand: 08.04.2026 16:57:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16156

"Hebammenversorgung in Bayern nicht gefährden"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16156 vom 29.03.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 100 vom 29.03.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17157 des GP vom 09.05.2017
4. Beschluss des Plenums 17/17329 vom 21.06.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 106 vom 21.06.2017



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Thomas Goppel, Klaus Holetschek, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**

### Hebammenversorgung in Bayern nicht gefährden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin bestmöglich für die Belange der Hebammen in Bayern einzusetzen.

Der Landtag betont die hohe Bedeutung eines flächendeckenden Angebots an Geburtshilfe in Bayern, für die gute Rahmenbedingungen z.B. in der Vergütung der Beleghebammen erforderlich sind. Gleichzeitig ist auch weiterhin die hohe Qualität der geburtshilflichen Leistungen zu sichern.

Vor diesem Hintergrund appelliert der Landtag an den GKV-Spitzenverband und die Hebammenverbände, in den laufenden Vergütungsverhandlungen eine möglichst rasche Einigung im Sinne einer bestmöglichen Hebammenversorgung in Bayern zu finden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege über das Ergebnis der Vergütungs- bzw. Schiedsverhandlungen und mögliche Auswirkungen auf die Situation in Bayern zu berichten.

### Begründung:

Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband) strebt eine Änderung der Voraussetzungen für die Vergütung von Beleghebammen an, die die angespannte Lage in der klinischen Geburtshilfe noch weiter verschärfen könnte. Da sich die Vertragspartner auf Bundesebene nicht einigen konnten, wird eine Festsetzung durch die Schiedsstelle erfolgen. Die Staatsregierung ist nicht an den (Schieds-)Verhandlungen auf Bundesebene beteiligt und hat keinen Einfluss auf die Ergebnisse und Entscheidungen.

Die Versorgung mit Hebammenhilfe durch die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) wird nach dem Bundesrecht durch Verträge nach § 134a Abs. 1 des Sozialgesetzbuches (SGB) Fünftes Buch (V) geregelt, die der GKV-Spitzenverband mit den maßgeblichen Berufsverbänden der Hebammen und den Verbänden der von Hebammen geleiteten Einrichtungen schließt. Kommt eine Einigung nicht zustande, wird der Vertragsinhalt durch die Schiedsstelle nach § 134a Abs. 4 SGB V festgesetzt. Ein Krankenhaus kann bei Interesse an der Erbringung geburtshilflicher Leistungen hierzu unterschiedliche Organisationsformen treffen. Vom Vertrag nach § 134a Abs. 1 SGB V sind freiberufliche Hebammen in der GKV erfasst. Im Rahmen einer geburtshilflichen Krankenhausabteilung mit angestellten Hebammen wären die dort getroffenen Vorgaben allerdings nicht anzuwenden.

Durch das Soforthilfepaket im Jahr 2014, der gesetzlichen Verpflichtung der Krankenkassen, den freiberuflichen Hebammen zur kurzfristigen Entlastung für Geburtshilfeleistungen einen Zuschlag zu zahlen, und dem dauerhaften Sicherstellungszuschlag seit 1. Juli 2015 zum Ausgleich der stark gestiegenen Prämien für die Haftpflichtversicherung der freiberuflichen Hebammen sowie der Vergütungserhöhung für alle Hebammenleistungen um 5 Prozent wurde in den letzten Jahren viel erreicht. Die Versorgung durch Hebammen in Bayern darf nun nicht durch praxisfremde Festlegungen gefährdet werden.

Nachmittag gut aufgehoben sind, und die Eltern ihrer Arbeit nachgehen können.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/16139, die in namentlicher Form durchgeführt wird. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.53 bis 17.58 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen, da wir jetzt eine einfache Abstimmung durchführen müssen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/16155. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen damit zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/16138. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Dafür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.59 bis 18.02 Uhr)

Die Zeit ist um. Es wird wieder außerhalb des Sitzungssaales ausgezählt.

Ich gebe bekannt: Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/16140 bis 17/16144 sowie auf den Drucksachen 17/16156 und 17/16157 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Nun gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Rehabilitierung der wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verfolgten" auf Drucksache 17/16137 bekannt: Mit Ja haben gestimmt 57, mit Nein 78, Stimmenthaltungen 4. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
**Zeichen der Zeit erkennen - Rückkehrberatungen und -hilfen intensivieren (Drs. 17/15035)**

Ich eröffne die Aussprache und weise darauf hin, dass die Redezeit 24 Minuten beträgt. Erster Redner ist der Kollege Dr. Fahn.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema Rückkehrhilfen und Rückkehrberatung ist im Moment in aller Munde. Die Bundesregierung sagt, dieses Thema sei wichtig, die Rückkehrhilfen und die Rückkehrberatung müssten gesteigert werden. Allerdings gibt es hier noch großen Nachholbedarf. Deshalb war es uns wichtig, dieses Thema im Plenum zu besprechen. Eine Studie von McKinsey sagt in aller Deutlichkeit, dass freiwillige Ausreisen wichtig seien und dass eine Steigerung auf 300.000 erreichbar sei. Fakt ist, im Jahr 2016 sind aus Deutschland nur 54.000 Flüchtlinge freiwillig ausgereist. Das ist insgesamt einfach deshalb zu wenig, weil es hier um konkrete Kosten geht, nach der Studie von McKinsey um 670 Euro je Person für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Hinzu kommen noch die Kosten für Schlafplätze und für Essen und Trinken. Deswegen wäre es sowohl für uns als auch für die Flüchtlinge wichtig, eine freiwillige Rückkehr zu erreichen. Das ist immer noch besser als Abschiebung, weil es dabei immer wieder bürokratische Probleme gibt.

Wir haben diesen Antrag gestellt und gesehen, dass es sowohl bei der Staatsregierung als auch bei bestimmten Behörden noch Defizite gibt. Auf der Homepage der Zentralen Rückkehrberatung Südbayern war noch am 20.02.2017 Folgendes zu lesen: Aufgrund des großen Andrangs in der Beratungszeit müssen wir aus personellen Gründen vorübergehend die Unterstützung bei der freiwilligen Ausreise einstellen. Ein Ausbau ist angedacht und in Planung.

Meine Damen und Herren, das ist ein konkret eingeräumtes Defizit, dem wir abhelfen müssen. Weiter war auf der Homepage zu lesen: Die zentrale Rückkehrberatung Süd- und Südostbayern ist aufgrund einer gedeckelten Personalkapazität – Urlaub und Krankheit – derzeit nur eingeschränkt besetzt. Man sei bemüht, einen Notbetrieb aufrechtzuerhalten.

Diese Passage hat man jetzt, nachdem wir sie schon einmal im Sozialausschuss behandelt haben, von der Internetseite gestrichen. Aber das ist einfach zu



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Gesundheit und Pflege**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,  
Gudrun Brendel-Fischer, Bernhard Seidenath u.a. und  
Fraktion (CSU)**  
Drs. 17/16156

**Hebammenversorgung in Bayern nicht gefährden**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Dr. Ute Eiling-Hütig**  
Mitberichterstatlerin: **Kathrin Sonnenholzner**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 63. Sitzung am 9. Mai 2017 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

**Kathrin Sonnenholzner**  
Vorsitzende



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Thomas Goppel, Klaus Holetschek, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/16156, 17/17157

### **Hebammenversorgung in Bayern nicht gefährden**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin bestmöglich für die Belange der Hebammen in Bayern einzusetzen.

Der Landtag betont die hohe Bedeutung eines flächendeckenden Angebots an Geburtshilfe in Bayern, für die gute Rahmenbedingungen z. B. in der Vergütung der Beleghebammen erforderlich sind. Gleichzeitig ist auch weiterhin die hohe Qualität der geburtshilflichen Leistungen zu sichern.

Vor diesem Hintergrund appelliert der Landtag an den GKV-Spitzenverband und die Hebammenverbände, in den laufenden Vergütungsverhandlungen eine möglichst rasche Einigung im Sinne einer bestmöglichen Hebammenversorgung in Bayern zu finden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege über das Ergebnis der Vergütungs- bzw. Schiedsverhandlungen und mögliche Auswirkungen auf die Situation in Bayern zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 7** auf:

### **Abstimmung**

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen für die einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorgelegte Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – CSU-Fraktion, SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Kollegin Claudia Stamm schließt sich dem Votum mit an und stimmt zu.

### Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Beratungsangebote zu Elterngeld und Elternzeit ausbauen  
 Drs. 17/12177, 17/16951 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Angemessene Unterbringung von queeren Geflüchteten in Bayern  
 Drs. 17/15854, 17/16957 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Geodaten kostenfrei nutzbar machen  
Drs. 17/16024, 17/17071 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Auch Kunst- und Kulturlehrpfade ermöglichen!  
Drs. 17/16134, 17/17161 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Beleghebammen unterstützen  
Drs. 17/16140, 17/17158 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU)  
Hebammenversorgung in Bayern nicht gefährden  
Drs. 17/16156, 17/17157 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u.a. SPD  
Bericht zu geplanten „bayerischen Transitzentren“  
Drs. 17/16163, 17/16945 (E) [X]

**Antrag gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGescho**  
**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für**  
**Verfassung, Recht und Parlamentsfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Günther Knoblauch, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Dezentrale Studienangebote staatlich finanzieren  
Drs. 17/16168, 17/17162 (A)

**Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGescho**  
**Votum des mitberatenden Ausschusses für**  
**Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer u.a. CSU  
Bayerische Fluchtursachenbekämpfung in Afrika und im Nahen Osten  
Drs. 17/16173, 17/17172 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ingrid Heckner u.a. CSU  
Soziale Berufe zukunftsfest machen!  
Drs. 17/16201, 17/17144 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)  
Abgabe von Wasserstoffperoxid an Jäger weiterhin ermöglichen  
Drs. 17/16320, 17/17077 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)  
Wasserarmut in Franken – was macht die Staatsregierung?  
Drs. 17/16324, 17/17068 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Sofortmaßnahme gegen Lehrermangel an Grundschulen:  
Einsatz von Realschul- und Gymnasiallehrkräften als Lotsen für den Übertritt  
Drs. 17/16325, 17/17167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Jägern den Zugang zu Wasserstoffperoxid gewährleisten  
Drs. 17/16344, 17/17076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Förderprogramm für Investitionen in umweltschonende Landmaschinen  
Drs. 17/16346, 17/17188 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Anhörung: Weißbuch zur Zukunft Europas:  
Wege zur Wahrung der Einheit in der EU27  
Drs. 17/16348, 17/17171 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Konzerthaus-Neubau und Gasteig-Sanierung: Für eine praktikable und kostensparende Lösung für die Musikstadt München  
Drs. 17/16351, 17/17163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD  
Verhängung von Ersatzfreiheitsstrafen bei psychisch Kranken  
Drs. 17/16363, 17/17160 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU  
Bericht über neue Verfahren in der Gentechnologie  
Drs. 17/16447, 17/17069 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Neunjähriges Gymnasium auch für bestehende 5. und 6. Klassen ermöglichen!  
Drs. 17/16466, 17/17165 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Bericht zu Cum-Ex  
Drs. 17/16650, 17/17072 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Beste Bildung – von Anfang an XI –  
Qualitätsberatung und -begleitung für die Kindertagespflege  
Drs. 17/16653, 17/17004 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegesetzes (Drs. 15589) und die Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen der SPD (Drs. 15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16537)  
Drs. 17/16806, 17/17002 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bayerns Übertrittsverfahren reformieren –  
Lernentwicklungsgespräche statt Übertrittszeugnis  
Drs. 17/16828, 17/17166 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Vollzug des Ausländerrechts praxistauglich gestalten –  
Planungssicherheit für Bayerns Betriebe  
Drs. 17/16963, 17/17169

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

26. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD  
Bericht über den Stand der Arbeiten an einem Psychisch-Krankenhilfe-Gesetz  
(Psych-KHG)  
Drs. 17/16842, 17/16944

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

27. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD  
Bericht zu den Scientology-Vorwürfen im Haus der Kunst  
Drs. 17/15819, 17/17140

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**